

VERWALTUNGSGERICHT

NPD darf keine Schule mieten

Niederlage für die NPD vor Gericht: Die Rechtsextremisten dürfen kein Treffen in einem Landshuter Gymnasium abhalten. Die Staatsregierung ist erleichtert. Doch nun kann die Partei die nächste Gerichtsinstanz anrufen.

Landshut/Regensburg Das Verwaltungsgericht Regensburg hat ein geplantes NPD-Treffen in einem Landshuter Gymnasium gestoppt. Die Überlassung einer Schule an die NPD sei „mit einer Erziehung im Geiste der Demokratie und der Völkerversöhnung



Schüler-Protest vor dem Rathaus: Vor einer Woche protestierten Schüler und Eltern gegen die NPD-Pläne. FOTO: DAPD

nicht vereinbar“, erklärten die Richter gestern in einer Eilentscheidung. Kultusminister Ludwig Spaenle und Innenmi-

nister Joachim Herrmann reagierten erfreut. Allerdings kann die NPD noch den Verwaltungsgerichtshof anrufen.

Die NPD wollte die Mensa des Hans-Leinberger-Gymnasiums am 7. Januar für einen „Jugendkongress“ mieten und hatte als Ersatztermine auch alle folgenden Samstage bis Ende April beansprucht. Die NPD forderte das mit der Begründung ein, dass kürzlich auch der Landeskongress der Grünen Jugend Bayern in dem Gymnasium veranstaltet worden war. Das Verwaltungsgericht lehnte den NPD-Antrag mit deutlichen Worten ab: „Bei der NPD handelt es sich um eine rechtsextremistische und verfassungsfeindliche Partei.“ Hiervon könne bei der Grünen Jugend nicht die Rede sein.

Vergangenen Freitag hatten etwa 3500 Schüler, Eltern und

Lehrer in Landshut gegen das Vorhaben der NPD protestiert. Am selben Tag beschloss der Stadtrat einstimmig, künftig generell für parteipolitische Veranstaltungen keine Schulräume mehr zu vermieten. Dies gelte „für jegliche politische Gruppierung“, so die Stadt. Schulleiter Peter Renoth hatte den NPD-Antrag als unannehmbar und eine Provokation bezeichnet. Innenminister Herrmann erklärte: „Rechtsextremisten und Verfassungsfeinde haben in unseren Schulen nichts zu suchen.“ Er bekräftigte die Forderung nach einem Verbotsverfahren: „Der heutige Richterspruch aus Regensburg ist Rückenwind für ein NPD-Verbot.“

mm/lby